

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Cichon Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Rückblick auf das Jahr 1915. (III) Schluß. — Zur Frage der Beschäftigung von Frauen in Halbtagschichten. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Kriegsbriefe. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gasarbeiter. — Wasserbauarbeiter. — Salinenarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Briefkasten. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Geburtenrückgang und Krieg.

## Rückblick auf das Jahr 1915.

### 3. Unsere Organisation.

(Schluß)

Wir haben seit Kriegsbeginn allmonatlich eine Uebersicht veröffentlicht über den Stand unserer Organisation. Damit erübrigt es sich, im einzelnen auf die Wirkungen des vollen Kriegsjahres 1915 für unseren Verband einzugehen. Immerhin verlohnt es sich, einige allgemeine Vorgänge von Bedeutung noch einmal kurz herauszugeben.

Zoweit unser Versammlungsleben wieder kräftiger einsetzen konnte, wurde fast überall eine Neuregelung der Löhne auf dem Wege der Teuerungszulagen angestrebt. Während in Friedenszeiten uns diese provisorische Regelung — wie auch die Familienzulagen — als recht fragwürdiger Ersatz für feste Lohnerböhung erscheint, konnten wir (bei den ungeheuren Anforderungen, die von allen Seiten jetzt an die Gemeinden gestellt werden) doch nur in einzelnen Terminen eine solche „Kriegs“ Teuerungszulage erreichen. Wiederholt wurde an dieser Stelle der Nachweis erbracht, daß — gemessen an den Teuerungsverhältnissen — die Lage der städtischen Arbeiter sich gewaltig verschlechtert hat, trotz dieser nur zögernd und zaghaft gewährten Zulagen.

In vielen Fällen, besonders in den Gasanstalten der Großstädte, hat erst die drohende Abwanderung der geschulten Arbeitskräfte in die Privatindustrie die Stadtverwaltungen dazu bestimmt, ein übriges zu tun.

Alles in allem darf wohl behauptet werden, daß unsere Verbandsfunktionäre außerst rühmlich gewirkt sind und daß auch die Mitgliedschaften (namentlich in den Großstädten) sich der erhöhten Schwierigkeiten bewußt waren in bezug auf Agitation und Zusammenhalt. Die Tatsache, daß in verschiedenen größeren Filialen eine Beitragserböhung im Verlauf dieses Kriegsjahres durchgeführt werden konnte, bleibt ein Ruhmesblatt für unseren Verband, sowohl vom Gesichtspunkt des Weitblicks in die dränende Zukunft bei den Filialverwaltungen als auch der Opferwilligkeit bei den Mitgliedschaften.

Ebenso ist die volle Wiedereinführung unseres Statuts am 1. August 1915 von allen Seiten als richtig erkannt worden, obwohl damit die Aufhebung der Familienunterstützung für Einzugsene verbunden war.

Ein volles Jahr konnten wir im außerstatutarischen Rahmen diese Familienunterstützung gewähren. So manche Kriegerfrau, die früher vom Verband nichts wissen wollte, hat nun unsere Organisation schätzen gelernt, und wir haben reiche

Beweise dafür, daß die Nachwirkung dieser großartigen Unterstützungsleistung unseres Verbandes auf viele Jahre hinaus eine gewaltige Festigung der Mitgliedschaft bedeuten wird.

Auf der anderen Seite ist auch dankend zu verzeichnen, daß vielfach Frauen unserer eingezogenen Kollegen resolut und weitblickend genug waren, die Verbandsfunktion ihres Mannes als Beitragsammler, Kassierer, Zeitungsempfänger usw. nach besten Kräften und mit gutem Erfolge auszufüllen. Ihnen gebührt ganz besonderer Dank.

Unsere Verbandsfinanzen lassen sich nach bald achtzehnmonatiger Kriegsdauer als durchaus gesund und den Verhältnissen angemessen bezeichnen. Zwar haben wir mit einem größeren Ansturm nach Friedensschluß zu rechnen, aber vorerst liegt kein Grund vor, irgendwelche Sondermaßnahmen zu ergreifen. Wir wissen, wenn es die Situation erfordern sollte, werden wir nicht vergeblich an den Opfermut der Mitglieder appellieren. Das hat sich auch bei der zweiten Weihnachtsgabe gezeigt, die zwar bescheidener ausfallen mußte als im Jahre 1914, immerhin doch eine freundliche Ueberraschung für viele Kriegerfrauen bedeutete, zumal manche Filialen noch ein übriges getan haben.

Die Beschäftigung von Gefangenen in Gasanstalten usw. hat bislang, soweit wir unterrichtet sind, zu erheblichen Mißständen im Arbeitsverhältnis nicht geführt. Schließlich bleibt unseren Kollegen im Felde damit auch der bisherige Arbeitsplatz gesichert. Ob durch die vermehrte Frauennarbeit sich noch besondere Unzuträglichkeiten ergeben, hängt im hohen Maße davon ab, wieweit es uns gelingt, auch den Kolleginnen den Organisationsgedanken nahezu legen. Vorerst sieht es damit allerdings nicht gerade glänzend aus. Doch werden die vermehrten Anstrengungen im neuen Jahre hoffentlich bessere Erfolge bringen.

Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle die Grundfähe veröffentlicht, die der Vorstand für die Beschäftigung kriegsbeschädigter städtischer Arbeiter aufgestellt hat. Wir kommen demnächst auf das Thema ausführlich zurück. Es mag vorerst festgestellt sein, daß in Dresden, München und einzelnen anderen Städten bereits Regelungen erfolgt sind, die zwar unseren Forderungen nahekommen, sie aber doch nicht in allen Punkten erfüllen. Es muß unser Bemühen sein, überall dort, wo noch keinerlei Regelung erfolgt ist, nachzuhelfen, damit auch hier unsere Organisation den Beweis erbringen kann: sie ist und bleibt die berufene Vertreterin aller Interessen der städtischen Arbeiter.

Die schwierige Finanzlage vieler Gemeinden durch die Kriegsausgaben legt den Gedanken nahe, durch Uebernahme monopolistischer Betriebe neue Einnahmequellen zu schaffen. So sind z. B. die Berliner Elektrizitätswerke wohl besonders unter diesem Gesichtspunkt übernommen worden. Wir begrüßen selbstverständlich jede Ausbreitung der Kommunalbetriebe, müssen aber eifrig darüber wachen, daß der Stadtkädel nicht etwa bereichert werde auf Kosten der

Arbeiterlöhne, wie das z. B. aus Frankfurt a. M. (englische Gaswerke) angedeutet wird. . . .

Wohin wir auch blicken mögen, das neue Jahr bietet in unserem engeren Wirkungskreis so mannigfaltige und schwere Aufgaben, daß nur die geeinte Organisation daran gehen kann, die Lösungen entsprechend unserem Programm vorzubereiten.

Darum erscheint es uns auch so selbstverständlich, daß keinerlei Spaltungsbestrebungen in unseren Reihen Unterstützung finden können. Stark ist das Unternehmertum, stärker noch die Verwaltung der öffentlichen Betriebe. Wollen wir auch im neuen Jahre — und vor allem in den heiß er-

sehnten Friedensmonaten — unseren Einfluß zur Geltung bringen, so ist Voraussetzung, daß uns alle ein Wille beherrsicht: die einheitliche geschlossene Organisation der Arbeiter. . . .

Das Jahr hat uns lange Listen von Toten gebracht, die auf dem Schlachtfelde gefallen sind. So manche Lücke wurde in die Verbandsreihen gerissen, und wir gedenken all derer, die ihr Leben hingeben mußten, um den Bestand Deutschlands zu sichern.

Möge es den Zurückkehrenden und den Tabeingeblichenen recht bald beschieden sein, segensreiche Friedensarbeit zu leisten.

## Zur Frage der Beschäftigung von Frauen in Halbtagschichten.

Wenn Kriegserwitwen, die während ihrer Ehe keine oder nur vorübergehend Erwerbsarbeit verrichtet haben, gefragt werden, was sie nun zu tun gedenken, um sich durchs Leben zu bringen, so lautet die Antwort in den meisten Fällen: „Ich nehme mir Häharbeit ins Haus“. Die Frauen denken also zunächst an Heimarbeit. Ein Teil will Aufwartstellen annehmen, aber fast immer wollen sie Arbeiten verrichten, die sie tagsüber höchstens nur einige Stunden vom Hause fernhalten. Wird den Frauen Übernahme anderer Beschäftigung in Fabriken, Werkstätten, Montoren usw. angetragen, heißt es: „Wo laßt ich meine Kinder?“ D diesem Einwand gegenüber sind alle diejenigen machtlos, die versuchen, durch wohlgemeintere Rat das Eindringen der Kriegserwitwen in die sowieso schon überfüllten Berufs- und Heimarbeit zu verhindern.

Es ist in der Tat schwierig für Frauen, die Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben, Arbeit tagsüber außer dem Hause anzunehmen. Nur die wenigsten können die Kinder in dieser Zeit unterbringen, können dafür sorgen, daß diesen zur rechten Zeit ihr Essen gereicht und eine gewisse Aufsicht auf sie ausgeübt wird. Strassen, Kindergärten und Kinderhorte gibt es wohl in allen Städten, wenigstens in den großen und mittleren, sie reichten aber schon früher nicht aus, um alle Kinder aufzunehmen, deren Mütter tagsüber auf Arbeit waren. Wieviel weniger wird es jetzt der Fall sein, wo die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen sich um Tausende vermehrt hat und noch weiter vermehren wird.

Wieviele verheiratete Frauen bereits vor dem Kriege gearbeitet haben, ist nicht festzustellen. Die Berufszählung von 1907 weist in den drei Berufsabteilungen Industrie, Handel und Verkehr und Lohnarbeit wechselnder Art als hauptberuflich erwerbstätig von 2.006.203 weiblichen Personen 763.878 verheiratete und 182.951 verwitwete und geschiedene Frauen, zusammen also 1.246.789 verheiratete oder verheiratet gewesene Frauen nach. (Die Landwirtschaft soll in unserer Betrachtung ganz ausschalten.) Will man die überhaupt erwerbstätigen verheirateten Frauen der Zahl nach feststellen, müßte man auch die als mithelfende Familienangehörige und als nebenberuflich erwerbstätige Frauen in der Statistik geführten weiblichen Personen der angegebenen Zahl hinzurechnen. Und selbst dann wird der Umfang der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht dargestellt sein, weil von diesen eine Anzahl ihre Erwerbsarbeit bei der Zählung verheimlicht haben. Einige taten dies aus falscher Scham, andere wieder, weil sie fürchteten, bei Angabe zur Steuer herangezogen zu werden.

Seit 1907 haben sich nun die Verhältnisse derartig verändert, daß bis zum Kriegsausbruch eine ganze Anzahl mehr verheiratete Frauen beruflich tätig waren als bei Veranstaltung der letzten amtlichen Zählung. Während des Krieges hat diese Zahl außerdem erheblich zugenommen. Man denke nur an alle die Frauen, die als Angehörige von Kriegsteilnehmern nun zum Hinzuerdienenden gezwungen waren. Auch Frauen aus Familien, deren Einkommen durch den Krieg geschmälert wurde oder das infolge des hohen Preises sämtlicher Bedarfsartikel zur Verjüngung des Unterhalts nicht mehr ausreichte, mußten nun Erwerbsmöglichkeiten suchen. Ein Teil wird zwar bei Wiedereintreten normaler Verhältnisse aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Ein großer Teil aber wird dauernd darin verbleiben wollen, vor allen Dingen eine große Anzahl von Kriegserwitwen. Von diesen haben die Mehrzahl Kinder zu versorgen. Deshalb liegt die Gefahr nahe, daß die Betriebe, die Heimarbeit ermöglichen, geradezu überlaufen werden und sich dort noch in weit höherem Maße Schäden herausbilden, als sowieso schon in der Heimarbeit vorhanden sind.

Diese Gefahr ist um so größer, als die Kriegserwitwen über ein bestimmtes Einkommen durch ihre Rente verfügen. Die Witwe eines Kriegsteilnehmers im Range eines gemeinen Soldaten erhält

eine Rente im Betrage von wöchentlich zirka 5 Mk. Hat sie ein Kind, erhöht sich der Betrag auf ungefähr 11 Mk., bei zwei Kindern auf 14 Mk., bei drei Kindern auf 17 Mk. und bei vier Kindern auf 21 Mk. pro Woche. Das sind Beträge, mit denen immer schon etwas anzufangen ist. Kriegserwitwen werden also in der Regel nur darauf setzen brauchen, etwas zur Rente hinzuzuerdienen. Der Minder wegen werden sie dies auch nur wollen. Gelegenheit hierzu bietet sich am besten in der Heimarbeit, die ohne jeden Arbeitsanfang und Arbeitsabluß, auch nicht die Anzahl der Arbeitsstunden verdrängt, in der ne latia sein müssen. Nicht immer, aber in der Regel mehr als jeder andere Beruf, ermöglicht demnach die Beschäftigung von nur wenigen Stunden am Tage. Allerdings ist dann auch der Verdienst nur ein geringer. Darauf aber geben Frauen mit Familie und einem festen Einkommen, wie es z. B. die Rente gibt, gern ein, wenn sie nur Zeit und Gelegenheit gewinnen, sich ihrem Haushalt und den Kindern widmen zu können.

Durch Arbeit außerhalb des Hauses in Werkstätten oder Fabriken usw. ist die Gelegenheit hierzu stark eingeschränkt. Sie ließe sich beschaffen durch Verkürzung der Arbeitszeit, beispielsweise durch Einführung von Halbtagschichten. Dadurch könnte nämlich oder abwechselnd einer Anzahl Frauen die Hälfte der regulären Arbeitszeit zur Erledigung der häuslichen Arbeiten freigegeben werden. Freilich würden diese Frauen auch nur die Hälfte dessen verdienen können, was andere Arbeiterinnen erreichen. Deshalb könnten Halbtagschichten auch nur für Frauen in Frage kommen, die nur etwas hinzuzuerdienen brauchen, wie z. B. viele Kriegserwitwen. Gesehlich eine Halbtagsbeschäftigung für alle verheirateten Frauen einzuführen, wäre ebenso unmöglich, wie ein Verbot der Fabrik- oder Werkstattarbeit für diese. Es gibt eben zu viele Frauen, die vollständig auf ihren Verdienst angewiesen sind. Würde diesen die Möglichkeit vollen Erwerbes durch Verringerung der Arbeit für verheiratete Frauen auf halbe Tage genommen werden, bliebe ihnen nichts anderes übrig, als gänzlich oder als Neben-erwerb Beschäftigung in der Heimarbeit zu suchen. Auf dem Wege freier Vereinbarung ließe sich dagegen Halbtagsarbeit einführen.

Es gibt eine ganze Reihe Betriebe, wo ein Arbeiter sehr gut den anderen in der Arbeit ablösen kann. Es geschieht dies bereits in Betrieben mit ununterbrochenem Tag- und Nachtarbeitsbetrieb. Dort muß eine schichtweise Ablösung erfolgen. Allerdings führen in diesen Betrieben die Arbeiter fast ausnahmslos Klage über zu lange Arbeitszeit. Die dreimalige Achtstundenschicht legt den Unternehmern, wie sie behaupten, größere Kosten auf. Deshalb begründet ihre Einführung in durchgehend beschäftigten Betrieben großen Schwierigkeiten. Aus den gleichen Gründen werden auch Halbtagschichten für Frauen von den Unternehmern abgelehnt werden.

Auch für die Arbeiter können diese nun sehr leicht schädigende Folgen haben von weit höherer Bedeutung als für die Unternehmer. Halbtagschichten können leicht zur Verlängerung des Arbeitstages führen, zum mindesten können sie keine Verkürzung hinderlich sein. Ferner ist damit zu rechnen, daß sie den Wert der Ruhepausen dadurch beseitigen, daß eine Anzahl Personen während dieser Zeit arbeiten. Auch den anderen ist dann die Erholung genommen, die ihnen die Familien bringen sollen. Weiter würde die Arbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten erheblich vermehrt werden, allein schon durch die Zunahme der Zahl erwerbstätiger Personen in kontrollpflichtigen Betrieben. Es fragt sich aber doch, ob angesichts der Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen nicht versucht werden sollte, der Einführung von Halbtagschichten — nicht der gezielten für alle verheirateten Frauen, sondern der auf freier Vereinbarung mit Unternehmern beruhenden — das Wort zu reden.

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kann dadurch erschwert werden. Er wird



... auch erheblich durch das Anstehen der Frauen in der ... Schon jetzt hemmen sich zahlreiche Personen um die ... von Verhättnissen in die Verantwortlichkeit der Arbeitenden ... in vom Verkehr entfernt liegende Gebiete. Es geht nicht ... ramentlich in der Minderheiten Gelegenheit zu ... zu geben. Auch hierdurch wird das Streben der Arbeiter ... nach besseren Arbeitsbedingungen stark gehemmt werden.

Aber selbst vermehrte Heimarbeit kann nicht alle Arbeitskräfte aufnehmen, die aus irgendeinem Grunde Arbeit während des ... ganzen Tages außerhalb des Hauses vermeiden wollen oder nicht ... ausüben können, wollen sie nicht an anderer Stelle Schaden ... erlitten. Dies geschieht aber, wo Frauen die Kinder vernachlässigen ... müssen. Verzichten solche Frauen, sobald sie nur überhaupt ein ... Einkommen haben, aus diesem Grunde gänzlich auf Übernahme ... von Erwerbsarbeit, so ist aber weder den betreffenden Familien ... noch der Volkswirtschaft damit gedient.

Die Frage der Einführung von Halbtagsdiensten ist deshalb ... nach verschiedenen Richtungen hin für die organisierte Arbeiterkassa ... von großem Interesse. Sie zeigt unter anderem, wie vielseitig das ... Problem der Frauenerwerbsarbeit ist, das nur gelöst werden kann, ... wenn ihre Bedeutung von der Gesamtarbeiterkassa richtig gewür ... digt wird. Den Arbeiterinnen aber sollte sie zeigen, wie innig ver ... knüpft alle sie speziell angehende Dinge mit den die gesamte Ar ... beiterkassa berührenden Fragen sind, und daß sie deshalb alle Ar ... beitsfrage haben, sich in den Rahmen einzufügen, der gelöst ist, um ... der arbeitenden Bevölkerung vor den Schäden des Wirtschaftsstrebens ... Schutz zu gewähren: der gewerkschaftlichen Organisation.

• Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

**Die Augen offen!** In Nr. 21 der „Merkwürdigen Sachverständigen ... Zeitung“ erörtert ein Dr. Ernst Vener die Bedeutung der Renten ... löbe für die Entziehung von Rentenrenten. Unter Renten ... rentosen werden durch unbegründetes Rentenverlangen ausgeloste ... nervöse Erscheinungen der verschiedensten Art verstanden, zum ... Unterschied von krankhaften Erscheinungen derselben Art, die durch ... Unfall oder durch Kriegswirkungen irgendwelcher Art entstanden ... sind. Solche Rentenrentosen werden weder auf dem Gebiet der ... reichsgesetzlichen Unfallversicherung noch dem der privatrechtlichen ... Kassenpflichtversicherung, noch auch dem der bürgerlichen Rechte, noch ... auch dem der staatlichen Rentengewährung etwa auf Grund des ... Mannschaftsversicherungsgesetzes, einschlägig. Wer in der Praxis ... der Arbeiterversicherung sieht, weiß, daß bei manchen Ärzten die ... Sucht, Rentenrenten festzustellen, schon manchmal pathologisch an ... nimmt. Schon mancher Verleser ist dieser Sucht zum Opfer ge ... fallen — d. h. nicht einer bei ihm vorhandenen Rentenrenten, sondern ... der eben erwähnten Sucht der Ärzte, und ist um die Ansprüche ... wegen nervöser, auf einen Unfall zurückzuführender Krankheits ... ercheinungen gekommen. Man schob diese Krankheitserscheinungen ... eben auf ein unbegründetes Verlangen nach Rente, statt sie im ... Unfall selbst zu finden, in dem sie begründet waren. Daß gleiches ... nicht auch bei den Kriegsschicksalsträger geschieht, muß ein ... Gegenstand eifrigsten Winkens sein. Darauf hinzuweisen gibt ... gerade der Venerische Aufsatz aller Anlaß. Er leitet ihn mit folgen ... der Behauptung ein: „Bei aller Vorsicht und Erörterungen ... der Kriegsschicksalsträger spielt eine große Rolle die Ver ... forgnis, daß nach dem Friedensschluß bei den Kriegswirkenden und ... in höherem Grade noch bei den im Kriegsdienste Erkrankten die ... Rentenrenten eine unheimliche Ausdehnung gewinnen und in sehr ... vielen Fällen zu hartnäckigen Rentenrenten führen werde.“ Diese ... ganz allgemeine Behauptung ist sowohl formell wie sachlich ganz ... untergeordnete, nebensächliche Rolle. Nichts rechtfertigt eine solche ... für unsere für das Vaterland mit Mut und Leben eintretenden ... Krieger schwer kränkende Verforgnis. Und wir Dabeiangehörigen ... haben alle Ursache sie gegen solche Verdächtigung mit aller Ent ... schiedenheit zu verwarren. Der ganze Aufsatz des Dr. Vener wird ... von dem Grundgedanken getragen, daß geringe Renten das beste ... Mittel sei, nervösen Erkrankungen entgegenzuwirken. Und er sagt: ... „In denjenigen Fällen, in denen ein wirkliches Mißverhältnis ... zwischen Rentenhöhe und Verlust an bürgerlichen Einkommen und ... dadurch tatsächliche Not entsteht, wird durch besondere private oder ... vielleicht auch staatliche Unterstühtungen nachgeholfen werden können, ... wie Weisner fürzlich betont hat. Es wird nur wichtig sein, diese ... Nebenbezüge nicht so weit zu verallgemeinern, daß sie in den ... Gesichtskreis der Rentenrenten kommen und hier überall Unheil ... errichten. Da es sich aber nicht um gesetzliche Rechte, sondern um ... außerordentliche Zuwendungen handelt, die nach ganz anderen ... Gesichtspunkten vergeben werden, so wird es wohl gelingen, etwaige ... Einflüsse auszuhalten, die der heilsamen Beschränkung der gesetz ... lichen Rente entgegenwirken könnten.“ Wir müssen sagen, daß es ... ein trauriger Tanz für unserer Krieger wäre, wenn man sie bei ... gern lassen wollte. Es ist eine Ehrenpflicht des Staates, in aus ... reichender Weise für die Verdächtigen zu sorgen. Wie es anderer ... seits auch eine Ehrenpflicht der Heimkehrenden sein wird, die ihnen ... vererbtenen Arbeitskraft, noch auszurufen, soweit es vollstän ...

... möglich in ... sein werden, kann gar ... nicht beachtet werden. ... durch ... dazu ... zu ... mit ... wie eine ... nach ... von ... und ... sind ... auch ... der ... unserer ... Krieger ... nicht ... wenn ... bei ... der ... des ... heutigen ... Tages ... die ... wofen ... Es ... fränkungen ... einen ... erheblichen ... Verlust ... der ... Gesamtzahl ... aus ... machen, ... so ... das ... nicht ... so ... Wunderbare, ... als ... daß ... man ... da ... zur ... Erklärung ... einen ... Fortschritt ... der ... Bevölkerung ... erkennen ... müßte. ... Man ... sollte ... sie ... durch ... therapeutische ... Maßnahmen, ... aber ... lasse ... sie ... nicht ... den ... Ver ... schädigten ... noch ... gar ... er ...

• Kriegsbriefe •

**Weihnachten im Unterland.** Unser Kollege Heinrich ... fendet die folgende anschauliche Schilderung vom 2. 1. 16 aus der ... Front bei ... : „Als ich am 21. 11. am ...“ von ... Abschied genommen, beförderte uns das schneudeckte ... kamp ... schnell wieder nach den russischen ... geriet. Bereits gegen ... Mittag des anderen Tages waren wir in ... fahrungen und ... trafen ... abends gegen 11 Uhr, über ... Witna ... fahrend, in ... führung ein. ... Hier ... blieben wir in einer ... führung ... über ... Nacht. ... Da ... wir ... nicht ... er ...

• A's den Stadtparlamenten •

• Irigo-Teuerungszulage.

Großenhain. Die hiesigen Arbeiter erhalten ab 1. November v. J. ... Irigo-Teuerungszulage. ...

Saun bei Othlas. Die Gemeindearbeiter erhalten eine Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag. ...

Zemin. Auf wiederholtes Ansuchen der Arbeiter und zuletzt ... Irigo-Teuerungszulage zu gewahren.

• Notizen für Gasarbeiter •

Die Berliner Gasanstalt in der Ostfischer Straße. Im V. J. ... Notizen für Gasarbeiter. ...

bunden. Aber und das ist gewiß unbestreitbar - ein solches ... Notizen für Gasarbeiter. ...

Geburtenrückgang und Krieg.

Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts setzte in den ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

menge ein erheblich geringerer Teil für die Fortpflanzungs- ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

Ob in den letzten Jahrzehnten die Häufigkeit der Geschlechts- ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

Eine zunehmende Schädigung der Fortpflanzungsseime durch ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

Nun ist aber der Krieg gekommen und er hat eine weitere ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

Außer der künftlichen Verhütung der Empfängnis kommt als ... Geburtenrückgang und Krieg. ...

\*) Grotjahn, Der Wehrbeitrag der deutschen Frau. Bonn 1915.

\*\* Zellheim, Wirtschaftliche Produktivität und Geburtenrückgang. Stuttgart 1914.



eine besonders schwierige; die Zufuhr auf dem Wasserwege ist fast null, da auf dem Landweg nur eine bestimmte Art Maare die Amortisation verdienen können. Alles in allem die Gesamtzahl an der Ostbayerischen Straße steht, was Produktion und Zufuhr anbelangt, nicht mehr an der richtigen Stelle und ist in jedem eine neue Belanmung, ja eine Gefahr für die Wohnbevölkerung in ihrer Notwendigkeit. Man wird es als eine der wichtigsten Arbeitsaufgaben der Berliner Stadtwirtschaft betrachten müssen, daß eine Ersatzmaßnahme für dieses Werk ergriffen werde. Gewisse Vorarbeiten hierin sind bereits getroffen worden, indem vor einiger Zeit in der Wohnbaude, zwischen den Ostbahnbrücken, ein größeres Stück Land angekauft wurde, das für das Ersatzwerk bestimmt ist. Dort wird die neue Gesamtzahl weit genug von der Stadt und ihren Wohnquartieren entfernt sein, um jede Belanmung auszuschließen.

◆ Wasserbauarbeiter ◆

**Thalham.** In unserer Filiale tagte am 2. Januar die ordentliche Generalversammlung. Kollege Weigel, Augsburg referierte über: „Die Kriegswirkungen auf die Arbeiterklasse“. Anschließend daran wurden die früher vorgebrachten Mängel der Arbeiter und Arbeiterinnen in dem Unfallversicherungsgebiet und Fortschritt behandelt. Zielsetzungen endeten zum großen Teil mit Erfolg für die beteiligten Personen. Aber die Nichtbegleichung der Feuerertragszulage bei den Vorarbeitern und Arbeiterinnen ist eine weitere Schwäche an das zuständige Minister gerichtet worden, die die Zulage den Arbeitern bereits brachte. Die Arbeiterinnen hatten bereits nach der Entscheidung dieser Sache. Sollte wider Erwarten die Auszahlung der durch den Stadtmagistrat München beschlossenen Zulage durch das Reich nicht erfolgen, so ist die Versammlung einmütig der Meinung, daß werer verbandseitig beschwerdeführend gegen das Reich vorzugehen wird. Nach Ablegung des Rechenschafts- und Rechenschaftsberichts brachte die Neuwahl des Filialvorstandes die Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

◆ Salinenarbeiter ◆

**Hofenheim.** Salinenarbeiter. Der Finanzausfluß der bayerischen Abgeordneten kammer bekräftigte sich bei seinen wiederholten Zusammenkünften mit dem Entwurf eines Anknüpfungsgesetzes. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte gleich bei Beginn des Landtages einen sehr umfangreichen Entwurf im Landtag zur Vorlage gebracht. Ebenso ist auch von den freien Organisationen an den Landtag eine Eingabe eingereicht worden. Annehmen Vorteilhaftes für die Mitglieder der bayerischen Anknüpfungsgesetze zur Willkür wird, läßt sich nach nicht mit aller Bestimmtheit feststellen. Eine bedauerliche Tatsache steht aber schon fest, daß der Staat keine Rücksicht auf die Anknüpfungsgesetze leistet. Man wird ja die Zeit nach dem Kriege lehren, wie und was an den

Anknüpfungsgesetzen noch zu verbessern sein wird. Seit mehr als zehn Jahren besteht schon das ernste Bestreben, die bayerischen Anknüpfungsgesetze richtig zu fundieren. Durch Einhalten der Verbände und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde der Staat gezwungen, darauf zu achten, wo es sich und wo der Hebel anzusetzen wäre, um generell für die Anknüpfungsgesetze die Pensionen besser zu gestalten. Um dies zu ermöglichen, ist notwendig, daß sämtliche bayerischen Anknüpfungsgesetze sich zu einer Anknüpfungsgesetzgemeinschaft zusammenschließen. Wenn das an der Erweiterte Anknüpfungsgesetze keine Identität sollte, so dürfte sicher die Regierung Mittel und Wege dagegen finden. Die Vertragsleistungen der Anknüpfungsgesetze zur Pensionstufe sind heute enorm. Jedoch stehen die Pensionen in keinem Verhältnis zu den Leistungen. Ein Teil der bayerischen Anknüpfungsgesetze hat sich schon seit mehreren Jahren zu einem bayerischen Anknüpfungsgesetzverband zusammengeschlossen. Ebenso ist schon des öfteren der Versuch unternommen worden, die noch fernstehenden Anknüpfungsgesetze zum Anschluß zu gewinnen. Eine gemeinsame Anknüpfungsgesetzkonferenz im September 1913 in München trat für den Zusammenschluß ein. Hoffentlich wird der diesmalige Landtag das ermöglichen, was schon mehr als ein Jahrzehnt notwendig gewesen wäre. Eine wirkliche Gleichung der Pensionen ist zu ermöglichen und zu fördern ist Aufgabe der Salinenarbeiter, die sich mehr als bisher um unsere Organisation scharen müssen.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Giefenach.** Am 9. Januar fand im Gasthaus „Zum Engel“ unsere Generalversammlung statt. Kollege Müller gab den Massenbericht vom letzten Vierteljahr 1915. Die Einnahmen nebst Massenertrag betrugen 982,75 Mk., die Ausgaben für die Filiale 251,15 Mk., an die Hauptkasse 410,12 Mk., mithin bleibt ein Massenertrag von 321,48 Mk. Der Vorliegende berichtet sodann über das vergangene Geschäftsjahr. Obwohl dasselbe ein schweres war, haben wir doch die Hände nicht in den Schoß gelegt und einige, wenn auch kleine Erfolge erzielt, wie die Gewährung einer monatlichen Feuerertragszulage von 6 Mk. als auch die Vergütung des entzogenen Urlaubes. Die Filiale zählt zurzeit noch 66 Mitglieder, 49 sind zum Kriegsdienst einberufen, von denen 5 gefallen resp. an den Kriegstoten verstorben sind. Kollege Pöchner gab den Marktbericht. Hierauf wurden die Neuwahlen des Filialvorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt: Chr. Müller, 1. Vorsitzender und Kassierer, Dr. Pöchner, 2. Vorsitzender und Schriftführer, Chr. Hill, A. Krante und A. Piske als Beisitzer und A. Bergmann, Wilh. Minzig und Fr. Käger als Revisoren. Eine ernste Mahnung des anwesenden Kollegen Schuchardt-Leipzig an die Kollegen, der Gewerkschaft auch in der jetzigen Zeit die Treue zu bewahren und weiter mitzuarbeiten am Ausbau derselben, schloß die Generalversammlung.

**Frankfurt a. M.** Unsere Generalversammlung vom 11. Januar ehrte in der üblichen Weise das Ableben von 42 Kollegen. 26 davon

leute, Angehörigen der freien Berufe, Pensionisten usw. wohnen, und daß auch die Klasse der Dienstboten, die für die Fortpflanzung wenig in Betracht kommt, sowohl in Berlin wie in München sehr stark vertreten ist. Es ist deshalb gewiß, daß in diesen Städten die Senkung der Geburtenziffer infolge des Krieges erheblich geringer ist als im Reichsdurchschnitt.

In Berlin ist die Bevölkerungszahl von 2.033.302 im Juli 1914 auf 1.837.386 im Oktober 1915 zurückgegangen. Angaben für November und Dezember 1915 stehen noch aus. Auffallend ist, daß einer Abnahme der männlichen Bevölkerung von 977.753 auf 748.675 eine Zunahme der weiblichen Bevölkerung von 1.075.549 auf 1.088.711 gegenübersteht. Diese Zunahme ist vorwiegend eine Folge der Zugzüge von auswärtig.

Der Einfluß des Krieges auf die Geburtenhäufigkeit kann frühestens drei Vierteljahre nach der Mobilisierung zum Ausdruck kommen, doch ist die schon im April 1915, also nach acht Kriegsmontaten, eingetretene starke Senkung der Geburtenzahl auffallend.

Vom Januar bis Oktober 1915 und 1914 stellte sich in Berlin die Zahl der Geburten wie folgt:

	1915	1914	1915	1914
Januar . . . . .	3311	3167	Juni . . . . .	2334
Februar . . . . .	3049	3177	Juli . . . . .	2520
März . . . . .	3402	3369	August . . . . .	2434
April . . . . .	3061	3350	September . . . . .	2389
Mai . . . . .	2689	3506	Oktober . . . . .	2339

Vom Mai bis Oktober betrug die absolute Zahl der Geburten in Berlin 1914: 19.384 und 1915: 14.095; auf je 1000 weibliche Personen kamen in diesem Zeitraum 1914: 18 und 1915: 13,6 Geburten. Der absolute Geburtenausfall in den sechs Monaten machte 1915 — gegen 1914 — 4689 oder 24,2 Proz. aus; die

männliche Bevölkerung nahm um ungefähr denselben Prozentsatz ab.

In München betrug die Geburtenzahl (ohne Totgeburten):

	1915	1914	1915	1914
Januar . . . . .	1048	1104	Juni . . . . .	803
Februar . . . . .	1004	1038	Juli . . . . .	784
März . . . . .	1146	1117	August . . . . .	749
April . . . . .	1071	1082	September . . . . .	716
Mai . . . . .	806	1127		946

In den fünf Monaten Mai-September wurden in München 1914 5194 und 1915 3558 Kinder lebend geboren; 1915 machte der Geburtenausfall 13,36 oder 25,7 Proz. aus, er war hier also relativ etwas größer als in Berlin. Angaben über die Bevölkerungszahl in den einzelnen Monaten liegen für München nicht vor.

Da sich unter den später zum Militärdienst einberufenen Männern ein höherer Prozentsatz Verheirateter befand als unter den in den ersten Kriegsmontaten einberufenen, so ist es sicher, daß gegen Ende 1915 und im Jahre 1916 der Geburtenausfall noch bedeutender ist als im Mai bis September oder Oktober 1915.

Nach dem Kriege von 1870/71 trat in Deutschland eine starke Vermehrung der Geburtenzahl ein; nach dem jetzigen Kriege wird solches wohl nicht zu erwarten sein, denn in der Zwischenzeit ist die Kenntnis der Mittel zur Verhinderung der Empfängnis fast allgemein geworden und viele Ehepaare werden diese Kenntnis benutzen, um ihre wirtschaftlich nicht gerade günstigen Verhältnisse nicht durch unerwünschten Nachwuchs noch mehr zu verwickeln. Heberdies wird die nach dem Kriege zu erwartende umfangreiche gewerbliche Frauennarbeit auf die Geburtenzahl stark bedrückend wirken.

haben im Jahre 1915 den Tod auf dem Schlachtfelde gefunden. Für Krankenlohn wurden durch die Rikha's zur Auszahlung gebracht 282,81 Mk., für Sterbegeld 1397,50 Mk., für Arbeitslohn Unterstützung 31,75 Mk., für Weihnachtsunterstützung 2970 Mk., für Familienunterstützung 1160 Mk., für Notfallunterstützung 65,70 Mark und für Rechtschutz 7,26 Mk. Die Summe aller Ausgaben beträgt 26910,83 Mk., der eine Einnahme von 32451,89 Mk. gegen übersteht. In der Familie verbleiben als Vermögen 3991,98 Mk. Der Krieg stellt also hohe Anforderungen an unsere Mägen. 839 Kollegen stehen im Felde, gegen 610 im Vorjahre. An Neu-eintritten hatten wir im Jahre 1915 mehr als 50 Proz. des Mitgliederstandes vom 31. Dezember 1915 zu verzeichnen. Leider reißen die Einziehungen immer wieder gewaltige Lücken. In den Betrieben selbst macht sich eine noch nie dagewesene Fluktuation bemerkbar, die ebenfalls auf unsere Organisation zurückzuführen ist. Immerhin haben wir seit Juli 1915 einen Aufstiege zu verzeichnen, indem die Zahl der Neuaufnahmen bedeutend höher ist als die in der gleichen Zeit Eingezogenen. Die Löhne sind durchweg um 30 bis 50 Pf. pro Tag aufgebessert worden. Der Feuerung angemessen wirkt diese Aufbesserung aber nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Nicht rigoros wird in einzelnen Betrieben mit der Arbeiterschaft verfahren. Die Verbandsleitung wird es sich angelegen sein lassen, auf eine Milderung hinzuwirken, besonders im Schlacht- und Viehhof, in der Zementindustrie und in verschiedenen anderen Verwaltungszweigen. Auch die Frankfurter Gasgesellschaft zeigt heute einen anderen Charakter. Die Gasarbeiterschaft ist sich wohl bewußt, daß ihr schwere Kämpfe bevorstehen, sie fürchtet aber diese Kämpfe keineswegs. Sie steht geschlossen vom ältesten Feuerarbeiter bis zum jüngsten Aufsteher und wird ihre Rechte, die jetzt an der Front von Hunderten ihrer Kollegen gegen den äußeren Feind verteidigt werden, auch gegen den inneren Feind zu verteidigen wissen. Die Stadtgemeinde hat seit einigen Wochen ein Arbeitslager eingerichtet, daß aber besser als Arbeiterlager zu bezeichnen ist. Von dort werden Kriegsgefangene Handwerker und Arbeiter aller Nationalitäten an arbeiterrückende Unternehmer vermittelt. Auch die Stadt beschäftigt in ihren Betrieben bereits Kriegsgefangene. Von den 15 Arbeiterausschüssen, die bei der Stadt bestehen, haben nur solche Ausschüsse einigermaßen befriedigend gearbeitet, in denen unsere Organisation den Ausschlag gibt. Der Generalarbeiterausschuß ist eine neue Frucht des Krieges. Er wurde aber erst von dem Zeitpunkt zur Tatsache, als dem Magistrat der Verkehr mit der Organisation nicht mehr zulagte. An Aufklärung und Agitation haben wir es nicht fehlen lassen. Nicht weniger als 8000 Flugblätter verschiedenen Inhalts sind verteilt worden. 267 mal wurde unter Bureau als Arbeitersekretariat in Anspruch genommen. 174 Sitzungen und Versammlungen wurden von der Verbandsleitung arrangiert und die Zahl der Postausgänge beläuft sich auf 4179. Die Entwicklung der letzten Wochen veredelt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft unserer Organisation und damit auch für die Zukunft der Arbeiterschaft. Die Versammlung war überaus gut. Ein Zeichen von dem guten Gelingen, der die Mitgliedschaft bezeugt. Das kam auch trefflich zum Ausdruck in der Diskussion. Obwohl kaum vor einigen Wochen der Vortrag erörtert worden war, wurde aus der Versammlung heraus der Antrag auf Weiterzahlung der Extramarkte gestellt. Die Rikhaverwaltung riet davon ab. Wenn Not uns zwingt, werden wir gewiß nicht vergebens an den Opfermut der Mitglieder appellieren. Die bisherige Rikhaverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt und um zwei Vertreter aus den Reihen der Gasarbeiter ergänzt. Nach Wahl der Revisoren und Kartelldelegierten schritt die Versammlung zur Beratung unserer künftigen Unternehmungen. Erhebend wirkte es, daß die Redner sich nicht darauf beschränkten, lediglich über die gegenwärtigen Zustände auf allen Gebieten zu jammern und zu klagen, sondern daß überall der starke Wille zum Durchbruch kam, der Gedächtnissten ganz energisch zu Leibe zu rücken und jeden einzelnen zur Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen anzuspornen. Unsere Arbeit für den Verband ist die Quelle unserer Kraft. Unsere Kollegen im Felde brauchen nicht an der Arbeiterschaft im Lande zu verzagen. Wohl befinden wir uns in schwerer Not, trübe sind die Aussichten für die Zukunft. Aber diese Not treibt uns zusammen, sie macht uns einig im Willen und im Handeln.

An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Leiter und Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gelte es einmal, sich seiner Haut zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen.

**Bebel.**

Wenn jemals irgendwo im Ausland die Hoffnung bestehen sollte, daß im Falle eines Angriffes auf Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie zählen könnte, — diese Hoffnung würde gründlich enttäuscht werden. Sobald unser Land von außen angegriffen wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun. **Bollmar.**

## ♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

**Konferenz der Vertreter der Verbandsvorsitze.** Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der Deutschen und der österrösterreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsvorsitze am 10. Januar zu einer einseitigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Österreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Samusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Arbeitsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsarbeitsminister bereits verhandelt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Vertriebsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales sei und keinerlei Vergleich mit anderen Jahren zulasse. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch die Delegation geklärt.

Zu bezug auf die Arbeitsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Indes wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erbitten, doch zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu. Weiter wurde berichtet, daß die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten. Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beauftragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentlichen Verteuerung aller Lebenshaltungskosten diejenigen Angehörigen, die im Innern oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren fester Gehalt 3000 Mk. einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mk. monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mk. pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf besaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Auswirkungen für die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der 20 Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstag zusammengefunden haben, aufs schärfste beurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der überaus großen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses sowie des Parteivorstandes allein der Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

**Der „Reckruf“**, das vom Transportarbeiterverband herausgegebene Organ für die Interessen der Eisenbahner Deutschlands, erscheint seit Jahresbeginn wieder vierteljährlich. Während der Kriegsdauer sollten die Interessen der Arbeiter aller Zweige des Transportgewerbes im „Courier“ wahrgenommen werden. Die Beschlüsse der Regierungen in Sachen des Koalitionsrechtes der Eisenbahner gaben Veranlassung, das Organ der Eisenbahner nach vor Beendigung des Krieges wieder erscheinen zu lassen. — In der ersten Nummer des „Reckruf“ wird über eine am 2. Januar abgehaltene Konferenz der Reichsleitung der Eisenbahner berichtet, die eine Resolution annahm, in der es heißt: „Sie (die Konferenz) erblickt in der Vereinnahmung der die Gewerkschaften von den Eisenbahnbetrieben ausschließenden Verbote eine Möglichkeit, die Interessenvertretung der Arbeiter und Bedienten so zu gestalten, daß etwa entscheidende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebes zwecks ihrer Erledigung finden können.“ Die Schaffung eines besonderen Streikarbeitsrechtes lehnte die Konferenz ab; sie verlangt die Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der in staatlichen Verkehrsanstalten Beschäftigten im Rahmen eines allgemeinen deutschen Arbeiterrechts.



## Rundschau

**Symptome an den Frieden.** Scherer Friede, der du unter deinem erhabenen Zepher die Wirrungen der Welt hältst und die Wogen, die sich entgegenschäumen, gib den Meeren deinen Rhythmus! Du gleichst einer Mathedrale, die ruht auf dem gerechten Gleichgewicht der feindlichen Kräfte, einer blendenden Rosette, durch die das Blut der Sonne in strahlenden Farben bricht, die das harmonische Auge des Künstlers gebunden. Wie ein großer Vogel, der in der Mitte des Himmels schwebt und mit seinen Schwingen die Ebene deckt, geht dein Flug jenseits von dem, was ist und war und sein wird. Du bist die Schwester der Freude und die Schwester des Schmerzes, du bist die jüngere und weisere Schwester; du hältst sie bei der Hand wie zwei Flüsse, die ein harter Bach verbindet, wo sich der Himmel spiegelt zwischen der doppelten Reihe weißer Fappeln. Du bist die göttliche Potin, die kommt und geht wie die Schwalbe von einem Ufer zum anderen, die sie eint und den einen sagt: „Weinet nicht mehr, die Freude kehrt wieder“, und zu der anderen: „Seid nicht eitel, das Glück flieht, wie es kommt“. Deine schönen Mutterarme umschließen jählich deine feindlichen Kinder und du lächelst, indes du sie an deinen geschwellten Brüsten saugen siehst. Du einst die Hände, die Herzen, die sich liebend suchen, und du spannst unter das Noth die hörrischen Stiere, auf daß du statt zum Kampfe den Jörn ihrer dampfenden Weichen nütze, um in den Grund der Erde die lange und tiefe Furche zu ziehen, in die der Same fließt. Du bist die treue Gefährtin, die bei der Rückkehr die müden Kämpfer aufnimmt. Sieger, Besiegte, sie sind dir in deiner Liebe gleich. Denn der Preis des Kampfes ist nicht ein Leben Erde, den das Mark des Siegers und des Gegners nähren wird. Es gebührt dem, der zum Werkzeug des Schicksals sich gemacht und der unter seiner Hand nicht wankt. O Friede, der du lächelst mit milden Augen voller Tränen, sommerlicher Regenbogen, sonnenwarmer Abend, der du mit leuchtenden Händen die getränkten Feeder lieblos fest, die gefallenen Früchte hegst und die Wunden der Bäume, die der Wind und der Hagel geschlagen. Gehe über uns deinen Balsam aus und wiege ein unsere Schmerzen! Sie werden vergehen wie wir auch. Du allein bist ewig! Bruder, einen wir uns und ihr auch, ihr Kräfte, die ihr in meinem zerrissenen Herzen kämpft, reicht euch die Hände und wandelt im Tanzschritt! Wir schreiten ohne Fieber und Hast, denn wir jagen nicht nach der Zeit! Wir haben sie besiegt. Aus den Weidenruten von Jahrhunderten baut der Friede sein Nest. Romain Holland.

**Arbeiterarbeitsbestimmungen und Frauennarbeit.** Wie bekannt, hat der Reichstag in einem Notgesetz die Möglichkeit gegeben, eine Reihe von Arbeiterarbeitsbestimmungen während des Krieges auf Antrag außer Kraft zu setzen. Es handelt sich hauptsächlich um die für die Beschäftigung von Arbeiterinnen, jugendlicher Arbeiter und Minder unter 14 Jahren geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung. Diese Vorschriften behalten trotz des Notgesetzes auch in der Kriegszeit Geltung. Nur auf besonderen Antrag können einzelne oder sämtliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Nun war in der Tat während des Krieges eine Reihe von Betrieben und Betrieben so stark in Anspruch genommen, daß eine längere Beschäftigung von Arbeiterinnen notwendig wurde. Wenn also in verschiedenen Fällen die Erlaubnis zur Anwerkkraftsetzung der gesetzlichen Vorschriften für die Beschäftigung von Arbeiterinnen gegeben worden ist, so mag das seine Berechtigung gehabt haben. Das ist aber nicht mehr der Fall, wenn ein Ueberfluß an Arbeitskräften besteht. In verschiedenen Betrieben, auch in solchen, die eine Zeitlang viel zu tun hatten, sind die Aufträge wieder zurückgegangen. Auf der andern Seite werden noch immer zahlreiche Frauen und Mädchen weit über die in normalen Zeiten gesetzlich zulässige Grenze und über das ihnen gesundheitlich zuträgliche Maß beschäftigt. Es wäre deshalb dringend notwendig, daß die Stellen, die über das Anwerkkraftsetzen der Schutzvorschriften entscheiden, vorher genau prüfen, ob tatsächlich ein Mangel vorhanden ist und nur dann die Erlaubnis nicht einfach für die Dauer des Krieges, sondern immer nur für kurze Zeit erteilt wird. Bei Gebüden um Verlängerung des außerordentlichen Zustandes müßte genau geprüft werden, ob die entsprechenden Voraussetzungen noch bestehen.

**„Die Rückkehr zur einfachen Lebensweise.“** Das Herrenhaus mitglied Graf Kochow schildert die Wirkung des Kriegszustandes auf seine Standesgenossen u. a. so: „Das zweite Kriegsjahr ist für uns ein guter Lehrmeister gewesen. Wir haben gelernt, daß man in der zweiten Klasse der Eisenbahn ebenso schnell nach Berlin kommt wie in der ersten Klasse, daß drei Kantate in der Woche nicht nur zu ertragen, sondern ebenfalls recht schön sind, daß das Auto zwar ein sehr schönes und schnelles Beförderungsmittel ist, man aber in der Stadt mit Hoch- und Straßenbahn, sogar mit der Pferdebespannung jährlich auch das Ziel erreicht und auf dem

Land auch ohne Auto, ja sogar mit zwei oder vier Pferden statt sechs oder acht im Stall ankommen kann, sogar wenn sie so minderwertig sind wie die jetzigen. Man hat gelernt, daß das Essen, selbst wenn man Gäste hat, mit der Bedienung durch ein nettes Mädchen mit schwarzem Kleid, weißer Schürze und Häubchen ebenso gut schmeckt, wenn nicht besser, wenn das Mädchen obendrein hübsch ist, als mit einem Diener, der statt der Livree jetzt des Kaisers Rock trägt. Wir werden lernen müssen, daß wir nicht mehr in der Lage sein werden, Jagden anzupachten, deren Pachtsummen im Versteigerungsweg ins Ungeheuerliche gestiegen sind, und daß es ein Unnütz ist, den Abschluß eines guten Geschäftes mit 1000 oder 2000 Mk. zu bezahlen und dergleichen mehr.“ — Omi! Die „Entbehrungen“ dieser Leute sind in der Tat erstaunlich!

**Unzureichende Regelung der Fleischversorgung.** Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stecken geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Anschluß daran eine ganze Reihe anderer Maßnahmen eingestellt haben. Es ist doch z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlächterläden noch immer zu den Seltenheiten gehört. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Mangelstände in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich auch eine Reihe gut durchdachter Vorschläge zur Besserung unterbreitet. So hat er u. a. die Festsetzung von Höchstpreisen und die Einführung von Schlachtscheinen im Viehhandel verlangt. Er forderte ferner das Verbot des Vorverkaufes von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Einschränkung in der Fleischverarbeitung von Würst- und Fleischwaren. — Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man wartete bisher vergeblich auf die immer eiliger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann ist die notwendige Herabsetzung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. — Die hohen Rindfleischpreise steigern auch den Anreiz zum Verkauf von Milchkuhen. Es ist jetzt schon bedauerlich, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhält, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung doch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

**Welche Maßnahmen müssen die Konsumvereine ergreifen, um leistungsfähig zu bleiben?** Die Konsumgenossenschaften haben im allgemeinen das erste Kriegsjahr gut überstanden. Viele waren sogar in der Lage, ihre Umsätze zu steigern. Dagegen bietet das jetzt laufende Geschäftsjahr schon eher Anlaß zu allerlei Besorgnissen. Das hat zunächst seine Ursache darin, daß der seitherige organisierte gemeinsame Großverkauf, der allein Vorteile bietet, stark eingeschränkt werden mußte. Die Konsumgenossenschaften sind jetzt, wie andere Geschäfte auch, auf die öffentlich (staatlich) eingerichteten Verteilungstellen und Verkaufsgenossenschaften angewiesen, die voraussichtlich auch mindestens noch einige Zeit nach dem Kriege weiter bestehen werden. Dazu kommt das eingeführte Splittem der Höchstpreise. An sich ist diese Einrichtung sehr gut; doch kommt der Kleinhandel ziemlich schlecht dabei weg. Produzent und Großhändler haben bei den festgesetzten Preisen ganz ansehnliche Gewinne, aber nicht der Kleinhändler. Bei der geringen Spanne, die für den größten Konsumverein wie für den kleinsten Krämer dieselbe ist, ist es nicht anständig, die übliche Rückvergütung (Zwischender) weiter zu gewähren. Leider aber ist gerade diese häufig die treibende Kraft zur Mitgliedschaft. Es ist deshalb zu befürchten, daß die Konsumvereine jetzt eine schwere Zeit durchzumachen haben. Um glücklich über diese hinwegzukommen, müssen möglichst frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden. Der Verband mitteldeutscher Konsumvereine hat beschlossen, in seinen einzelnen Einkaufsvereinigungen Konferenzen abzuhalten, in denen diese Maßnahmen besprochen werden sollen. Der Vorstand des Verbandes hat für diese Besprechungen Richtlinien aufgestellt. Zunächst soll 1. die seither vielfach übliche Vergütung der Geschäftsguthaben der Mitglieder aufgehoben werden. Der Konsumverein ist kein kapitalistisches Unternehmen, das für die Mitglieder noch Zinsgewinn bringen kann. Das Kriegsgewinnstenergesetz wird auch, wie auf Anfrage die Regierung mitgeteilt hat, jene Konsumgenossenschaften von der Besteuerung vollkommen auslassen, die eine Verzinsung der Geschäftsguthaben nicht vornehmen; 2. soll der festgesetzte Rabatt (Zwischender) nicht verteilt werden, wenn der Geschäftsertrag ein niedriger ist. Die Vereine, die einen bestimmten Rabatt in dem Statut festgelegt haben, sind allerdings rechtlich zur Auszahlung eines solchen gezwungen. Aber Mitglieder wird es aber auf eine Lage ankommen lassen. Es ist daher zweckmäßig, in den nächsten Generalversammlungen entsprechende Aufklärungen

### Die Verwundeten.

Sie tragen schon lang den blau-weißen Kittel,  
Jehn Monat, ein halb Jahr, der ein Drittel,  
Ueber der ersten Schmerzen Qual  
Kriegen Jehn Mann auf einem Saal.

Tagüber ist das ein Singen und Neden,  
Man turnt in den Betten, sitzt mit Stedden;  
Nahmt auch die Hand, fehlt dem ein Bein,  
Das ist kein Unschick traurig zu sein.

Da heißt der Bratschuh den Reinskuh „Krüppel“,  
Der humpelt und schwingt die Krücke als Knüttel.  
Der Linkarm malt an seinem Brief  
Nach Hause den zehnten Hieroglyph.

Abends noch im strahlendblauen  
Raume lirtrotzt's ausgetrieben,  
Nacht es, schwagt es von tausendertel  
Dämmergespenstern die Seele frei.

Mit einem nur ist verboten zu prahlen:  
Von draußen, von den Strazzen und Laufen,  
Tavon, was jeder so durchgemacht,  
Wird nicht gesprochen bei Tag noch Nacht.

Begintt nur einer: „Das war in Mandern . . .“  
Schreien „Silentium“ die neun andern.  
(Dem fehlt die Hand, dem taumt das Bein;  
Sie haben ein Recht davon still zu sein.)

Doch mitternachts, wenn die Aemtlige  
Durchs Zimmer wehn wie Nickerkassige,  
Nimmt es, daß einer schluchbedet  
Im Bette die Glieder wuhdet und freet.

Recht schlummernd, ohne davon zu wissen,  
Sitzt er das Haupt halb aus den Kissen,  
Lehnt die Lippen, murmelt, schreit:  
„Sie kommen — Kameraden — feuertbereit!“

Sie liegen Jehn Mann auf einem Saal,  
Kauht über der ersten Schmerzen Qual.  
Tavon, was jeder so durchgemacht,  
Wird nicht gesprochen bei Tag noch Nacht.  
Fried Kuttner i. S. Chemn. Volksh.

zu geben. 4. Ein großer Uebelstand ist die Gewährung von Vor-  
schüssen auf die Rückvergütung. Es gibt nicht wenige Mitglieder,  
die schon zu Beginn des Geschäftsjahres kommen und sich auf den  
künftigen Rabatt ein „Darlehen“ geben lassen. Dadurch wird dem  
Mitglied, das immer mehr in die Schulden hineingerät, nicht  
geholfen. Den Verein aber hindert dieses Vorgehen, die Dividende  
herabzusetzen oder aufzuheben. 5. Falls auf einzelne Waren keine  
Marken abgegeben werden, ist für eine genügende Markenkontrolle  
in den einzelnen Verkaufsstellen Sorge zu tragen. 6. Auf keinen  
Fall dürfen Reserven zur Verteilung von Rabatt und Rückvergütung  
verwendet werden. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit des Vereins  
gefährdet. Es empfiehlt sich vielmehr, daß 7. die Reserven auch in  
der Kriegszeit getätigt und die Abschreibungen auf Mobilien und  
Immobilien reichlich vorgenommen werden. Zweckmäßig ist 8. auch,  
die Warenbestände so in die Bilanz einzusetzen, daß spätere Mon-  
junkturverluste gedeckt sind. Sinesfalls darf hierbei über den  
wahren Einkaufswert hinausgegangen werden. Da andere, ein-  
schneidende Maßnahmen angesichts der staatlichen Organisation der  
Ernährungsfrage nicht getroffen werden können, so empfiehlt es  
sich, wenigstens diese Punkte zu beachten. Namentlich sollten sie  
bei den Mitgliedern das nötige Verständnis finden.

**Wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-  
Ungarns.** Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutsch-  
lands und Oesterreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag, 9. Jan-  
uar, eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und  
des Partizipationsbüros. In dieser Besprechung hatte der Vorstand  
unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte An-  
regung gegeben. An der Sitzung nahmen als Vertreter der Partei  
vorhanden der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler,  
Ellenbogen, Kemner und Zeig und als Vertreter der österreichischen  
Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Gruenwald und  
Samsch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Ge-  
werkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission  
der Gewerkschaften war anwesend, und es war weiter eine Ver-  
tretung des Zentralverbandes deutscher Monnvereine geladen  
und erschienen. Genosse Dr. Kemner hielt das einleitende Referat.  
In dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die  
zurzeit in Deutschland und in Oesterreich in der Presse und in  
Interessenzentren vielfach erörtert wird, zunächst theoretisch be-  
handelte, um dann darzulegen, daß auch das Proletariat ein großes  
Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu  
folgen, die sich bei den Bourgeoisien beider Reiche zwecks einer  
wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es müsse dafür  
gefordert werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Ver-  
handlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich be-  
dringten Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise  
vollzogen werden, die für das Proletariat eine Erschwerung seiner  
Existenzbedingungen mit sich bringt. Genosse Cunow behandelte  
als zweiter Referent ergänzend das besondere Interesse, das das  
deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. — Auf die Referate  
folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere öster-  
reichischen Freunde lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hatten  
zunächst den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion,  
die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einsetzen wird.  
Die Referate wurden hienographisch aufgenommen und werden in  
Kürze im Druck erscheinen.

**In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nicht-  
verbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Her-  
berge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engländer 15,  
aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 15 Pf. an fremdliche und  
heimliche Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit 1,50 Mk.,  
Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 Pf. zur Verfügung.  
Nächte Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Görlitzer Bahnhof.  
Verschiedene Straßenbahnlinien führen zum Gewerkschaftshaus hin.**

### Briefkasten

Fr., Dresden. Du hast richtig vorgeahnt, die Notiz kann jetzt  
nicht gebracht werden. Frdl. Gruß!

Es ist erschienen und in allen Filialen zu haben:  
**Notiz-Kalender**  
für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1915-16

Preis 1 Mark, für Mitglieder 50 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Statistische Darstellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in  
städtischen Betrieben, in den Pflege- und Badeanstalten, Renten-  
ansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der  
Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den  
Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winter-  
feldstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

### Totenliste des Verbandes.

**O. Dörl, Reichenbach i. V.**  
Gasarbeiter (Stadtbauamt)  
† 4. 1. 1916, 47 Jahre alt.

**Ernst Koder, Bayreuth**  
Arbeiter (Bauamt)  
† 4. 1. 1916, 59 Jahre alt.

**Wilh. v. d. Hryndt, Eisenach**  
Bauhofsarbeiter  
† 10. 1. 1916, 49 Jahre alt.

**Theodor Wilms, Hamburg**  
Gaswerke  
† 7. 1. 1916, 64 Jahre alt.

**Pauline Hirsch, Görlitz**  
Grabbilagerin  
† 14. 1. 1916, 35 Jahre alt.



### Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

**Bernhard Albrecht, Berlin**  
Gasarbeiter, am 1. Januar  
im Alter v. 39 Jahren gefallen.

**Albert Kroll, Charlottenbg.**  
Gasarbeiter, am 22. Dez. 1915  
im Alter v. 36 Jahren gefallen.

**Anton Bischof, Berlin**  
Gasarbeiter, am 15. Dez. 1915  
im Alter v. 31 Jahren gefallen.

**W. Krafter, Hbg.-Niendorf**  
am 18. August 1915 im Alter  
von 25 Jahren gefallen.

**Heinr. Bullmann, Hamburg**  
am 7. Januar im Alter von  
26 Jahren im Westen gefallen.

**Walter Menge, Ilmenau**  
am 17. August 1915 in Ruß-  
land gefallen.

**Siegism. Campe, Hamburg**  
am 15. November 1915 im Alter  
von 30 Jahren gefallen.

**Eduard Wietek, Breslau**  
am 2. November 1915 im Alter  
von 36 Jahren gefallen.

**Otto Keller, Gera**  
am 14. September im Alter von  
29 Jahren in Rußland gefallen.

**Joh. Wilh. Eisenach**  
am 14. Juli 1915 im Alter von  
41 Jahren im Lazarett gestorb.

Ehre ihrem Andenken!